

Tagebuch, 2. März 2009

Zusammenfassung der Türkei-Reise in der vorigen Woche:

Neben den interessanten, üblichen Begegnungen mit Museumsleuten, tollen Lehrern und Schülern des deutschsprachigen Istanbul, Erkek-Lisesi, Goethe-Instituts-Mitarbeitern habe ich drei besondere Erlebnisse in der Türkei gehabt, die alle von Angst geprägt waren:

- Am Mittwoch in Istanbul beim Medien-Imperium der Dogan Gruppe. Da saßen uns Abgeordneten fast ein Dutzend Chefredakteure und die Verleger-Tochter in einem großen Konferenzsaal gegenüber, versierte, erfahrene Journalisten, Kommentatoren, Moderatoren und waren verunsichert, zögernd, immer wieder auf Unglaubliches, ihnen noch wie vorher Zugestoßenes hinweisend: eine Geldstrafe plus Sicherheitshinterlegung von astronomischer Höhe – über 1 Milliarde türkischer Lira für eine angebliche Steuerhinterziehung von 30 Millionen. Eine Strafe ohne jede Verhältnismäßigkeit, ganz klar auf wirtschaftliche Vernichtung angelegt. Die mächtigen Medienmenschen hatten Angst. Das war deutlich zu spüren. Angst vor der Macht des Ministerpräsidenten, mit dessen Politik sie sich auf vielfältige Weise angelegt haben – und der nun reagiert. Mit dem bedrohlichen Mittel der Wirtschaftssanktion. Niemand von uns betrachtet das mit Springer verbandelte Presse-Imperium des Verlegers Drogan als bewundernswerten Hort der Pressefreiheit – aber seine Vernichtung durch die Regierung erst recht nicht, die ihrerseits über eine ergebene zum Teil zusammengekaufte Presse samt sehr staatsnahen öffentlich-rechtlichen Rundfunks verfügt. Berlusconi-Herrschaft ganz anders aber ebenso wirksam auf türkisch. Ziemlich deprimierend. In Ankara habe ich eine Abgeordnete der Regierungspartei AKP auf diesen Medienfall angesprochen. Ihre Antwort war eiskalt.

„Die müssen aufhören gegen die Regierung zu hetzen. Und wenn sie nicht aufhören, müssen sie weg!“

Am 29. März sind Kommunalwahlen in der ganzen Türkei. Überall geht es um neue und alte Bürgermeister, Landräte, Gouverneure – den Ausbau oder den Rückgang der mächtigen AKP. Die Stimmung hat etwas von offenem Kampf – nicht von einem Wahlkampf in einer Demokratie.

Das zweite Erlebnis fand drei Tage später statt und mehr als tausend Kilometer weiter im Süd-Osten des Landes in Hasankeyf, am Ufer des Tigris. Hasankeyf ist eine spektakuläre uralte Kulturstadt in der alle Mächtigen gebaut haben:

Assyrer, Römer, Byzanz, osmanische Herrscher....

Nun soll hier ein gigantischer Staudamm gebaut werden und alles unter seinem Wasser verschwinden. Wohnhäuser und Felder von 55.000 Menschen und die uralte Kulturstadt dazu. Der Grund: die Gegend braucht dringend ein Bewässerungssystem, aber braucht sie ein gigantisches Stau-Projekt, Wert 2 Milliarden Euro, das alle ökologischen, sozialen, kulturellen Strukturen sprengt? Viele Experten, in vielen Gutachten haben dies verneint.

Andere allerdings bejaht – unter bestimmten Auflagen allerdings – und die hat die türkische Regierung bisher kaum bis gar nicht eingehalten.

Monika Griefahn, Claudia Roth und ich wollten uns vor Ort informieren, vor allem mit den Bewohnern von Hasankeyf sprechen. Und da war die Angst wieder sehr präsent. Im Stadtzentrum warteten vielleicht 20 Männer auf uns, meist alte, aber auch ein

paar jüngere. Neben ihnen der Bürgermeister und der Landrat mit bewaffneten Polizisten und schweren Limousinen. Dazu Vertreter des Konsortiums, das das Projekt baut. Übrigens die BRD ist Mitunterstützer mit einer Bürgschaft von 100 Millionen Euro. Die Stimmung war angespannt. Man wollte mit uns vor allem Mittagessen. Wir hatten wenig Zeit, und wollten uns lieber umschaun und mit den Leuten reden.

Was wir sahen und von Archäologen erklärt bekamen, war ein grandioses Stück Weltkulturerbe, das einfach untergeht, wenn dieser Staudamm kommt. Es lässt sich nicht versetzen wie der Tempel von Assuan. Nur einzelne Bauwerke ließen sich abtragen und woanders aufbauen. Die Stadt als solche aber wäre versunken. Und die Menschen? Es werden ihnen neue Häuser angeboten an anderer Stelle. Aber ihre Felder, ihre Tiere? Für sie gibt es keine Lösungen. Moderne Häuser, das wollen durchaus einige von ihnen. Aber was sind ihre Wirtschafts- und Lebensbedingungen am Rand des gigantischen Projekts, das alles verändern wird, was tausende von Jahre diese Fluss- und Berg-Landschaft am Tigris geprägt hat? Die Leute mussten allen ihren Mut zusammennehmen, um ihre Sorgen auszusprechen. Das war ganz deutlich. Der junge Landrat fragte uns sehr streng, was wir eigentlich genau wollten, was der Zweck unserer Besichtigung sei. Er ließ uns kaum Zeit für die Begründung, dann gab er seinen Sicherheitsleuten ein Zeichen – und der Konvoi der schwarzen Wagen fuhr davon. Da wurden die Stadtleute mutiger, formulierten ihren Protest und meinten, das Einzige was ihnen helfen könnte wäre internationale Aufmerksamkeit. Sonst würde man mit ihnen machen, was man wollte. So sei die Regierung eben.

Die dritte Erfahrung spielte sich im ältesten Kloster der Christenheit ab, im Mor Gabriel. Einem kulturellen und sozialen Zentrum der aramäischen Christen. Dessen Felder und Gärten werden von umliegenden Dörfern in Anspruch genommen. Seit 2008 sollten die 1.600 Jahre alten Besitzgrenzen nicht mehr gelten. Ohne Feldwirtschaft aber kann sich das Kloster nicht am Leben erhalten. Mönche, Nonnen, Schüler, Arbeiter müssten das kostbar erhaltene, gepflegte Wunder von einem Bauwerk aufgeben. Der Metropolit Erzbischof Timotheus Samuel Aktas hat jetzt um Personenschutz gebeten. Er traut sich kaum noch aus seinen Klostermauern heraus. Seit Monaten herrscht die Angst. Das Kloster ist in mehreren Prozessen angeklagt, wegen unrechtmäßigen Landbesitzes und „möglicher Missionierung“. Das ist ein schrecklicher Vorwurf gegen Christen in einem islamischen Umfeld. Am 3. März ist der nächste Prozesstag. Mor Gabriel braucht unsere Hilfe.